



Gestern war der Europäische Tag gegen Menschenhandel – ein Datum, das Jahr für Jahr im Kalender steht, aber selten mit Nachdruck wahrgenommen wird. Und doch ist dieser Tag ein Brennglas auf ein Phänomen, das längst keine Randerscheinung mehr ist: den Menschenhandel in all seinen modernen Formen.

Hinter den nüchternen Begriffen verbergen sich Lebensgeschichten, zerbrochene Biografien, systematische Ausbeutung. Und mitten darin: die Migrationskrise, die Europa seit Jahren beschäftigt. Sie ist nicht nur eine humanitäre Herausforderung, sondern längst auch ein ökonomischer und sicherheitspolitischer Faktor – und sie liefert den Nährboden für moderne Formen der Sklaverei.

Unsichtbare Netze

Menschenhandel ist heute selten ein Geschäft mit Ketten und Zwangsarbeit in klassischem Sinn. Es sind fein gewobene Netze, in denen Menschen durch Schulden, falsche Versprechen und Abhängigkeiten gefangen gehalten werden – oft dort, wo legale Wege verschlossen bleiben.

Ob in Bauunternehmen, in der Landwirtschaft oder in der häuslichen Pflege: Die Grenzen zwischen billiger Arbeitskraft und ausgebeuteter Existenz verschwimmen. Besonders gefährdet sind jene, die ohnehin am Rand stehen – Migrantinnen und Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Geflüchtete mit abgelehntem Asylantrag, Menschen ohne Sprachkenntnisse und ohne Rechte.

Migration als Einfallstor

Migration ist in Europa längst kein Ausnahmezustand mehr, sondern Dauerrealität. Millionen Menschen kamen in den vergangenen Jahren über das Mittelmeer, über die Balkanroute, über das Schwarze Meer. Viele von ihnen träumten von einem besseren Leben, fanden aber stattdessen Schulden, Druck und Zwang.

Das Paradoxe: Je restriktiver die europäische Migrationspolitik wird, desto attraktiver wird das Geschäft für Schlepper und Menschenhändler. Wenn legale Einwanderungswege versperrt sind, suchen Menschen illegale Alternativen. Und genau dort warten jene, die aus Not Kapital schlagen.

Europa hat sich auf Grenzsicherung, Asylverfahren und Abschiebungen konzentriert – aber zu selten auf Schutz und Prävention. Wer ohne Papiere lebt, wagt kaum, zur Polizei zu gehen,



selbst wenn er Opfer wird. Denn die Angst vor Abschiebung ist größer als die Hoffnung auf Gerechtigkeit.

Frankreich und Deutschland im Fokus

In Frankreich etwa leben zehntausende Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Viele schlagen sich mit Gelegenheitsjobs durch, andere landen in Strukturen, die man höflich „informell“ nennt – und die de facto oft nichts anderes sind als Zwangsarbeit. Französische Behörden bemühen sich um Schutzprogramme, doch im politischen Alltag dominiert das Thema „Migration“ – nicht „Menschenhandel“.

Deutschland steht vor einer ähnlichen Zwickmühle. Auch hier werden jährlich Tausende Fälle von Arbeits- und sexueller Ausbeutung registriert. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Zugleich verengt sich der politische Blick: Migration wird vor allem sicherheits- und haushaltspolitisch diskutiert, nicht als soziale Realität. Dabei ist gerade diese Realität der Nährboden für jene, die aus Verzweiflung ein Geschäftsmodell machen.

Die Schattenseite restriktiver Politik

Ein klarer Zusammenhang drängt sich auf: Je strenger die Einwanderungsgesetze, desto unsichtbarer die Opfer. Denn Menschen, die in der Illegalität leben, sind für Täter leichter zu kontrollieren – und für den Staat schwerer zu erreichen.

Europa wollte mit härteren Grenzmaßnahmen Ordnung schaffen. Herausgekommen ist vielerorts eine Grauzone: Menschen bleiben im Land, aber ohne Schutz, ohne Rechte, ohne Stimme. Und genau dort beginnt der moderne Menschenhandel – nicht in finsternen Kellern, sondern in den Lücken des Rechts.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Beide Länder, Frankreich wie Deutschland, haben nationale Aktionspläne gegen Menschenhandel. Es gibt Hotlines, Koordinationsstellen, internationale Abkommen. Aber der Kampf bleibt Stückwerk, solange Migration und Menschenhandel getrennt gedacht werden.

Ein Mensch, der aus Nigeria, Syrien oder Afghanistan nach Europa flieht, ist nicht automatisch ein Opfer – aber er ist verletzlich. Und diese Verletzlichkeit nutzen Kriminelle aus.



Die Gretchenfrage lautet: Wie kann Europa Schutz gewähren, ohne seine Grenzen aufzugeben – und wie kann es Ordnung schaffen, ohne Menschen in Ausbeutung zu treiben?

Was getan werden müsste

Drei Dinge liegen auf der Hand: Erstens braucht es mehr legale Wege für Migration und Arbeit. Nur wer eine Perspektive hat, fällt nicht in die Hände von Menschenhändlern. Zweitens müssen Opfer von Menschenhandel konsequent geschützt werden – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Und drittens muss die Zusammenarbeit der europäischen Staaten enger werden: Menschenhändler agieren grenzüberschreitend, also muss auch die Strafverfolgung grenzüberschreitend denken.

Ein stiller Appell

Der Europäische Tag gegen Menschenhandel mahnt nicht mit Pathos, sondern mit Stille. Er erinnert daran, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist – und dass es in Europas Verantwortung liegt, die unsichtbaren Ketten zu sprengen, die mitten unter uns geschmiedet werden.

Denn der wahre Test europäischer Humanität zeigt sich nicht an den Grenzen, sondern dort, wo Menschen in Abhängigkeit geraten – und wo ein Rechtsstaat bereit ist, auch die Schwächsten zu schützen.

Autor: Andreas M. Brucker